

An Rhein und Wied

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/neuwied

Schornsteinfeger sind jetzt ihr Monopol los

Gesetz Handwerker arbeiten ab 1. Januar 2013 im europaweiten Wettbewerb

Von unserem Redakteur Ralf Grün

■ **Kreis Neuwied.** Jetzt bestimmen die Hausherren, wer ihnen auf das Dach steigt: Seit 1. Januar ist das Schornsteinfegermonopol gefallen – und freier Wettbewerb angesagt. So will es das neue EU-Recht. Das heißt, auch Hausbesitzer im Kreis Neuwied dürfen unabhängig vom zuständigen Bezirksschornsteinfeger Aufträge zum Kehren, Messen und Reinigen der Heizungsanlage an andere Anbieter erteilen. Voraussetzung: Der Dienstleister muss zugelassen sein und in der Handwerksrolle auftauchen.

Allerdings übernehmen Hausbesitzer damit auch einen Teil der Verantwortung und der Pflichten vom Schornsteinfegermeister. Denn sie müssen künftig eigenverantwortlich darauf achten, dass Kontrollfristen eingehalten werden. Geschieht das nicht, betritt die kommunale Verwaltung die Bildfläche. Sie erlässt einen gebührenpflichtigen Bescheid für eine ebenso gebührenpflichtige Ersatzkehrung, die der zuständige Bezirksschornsteinfeger vornimmt. „Die Kosten liegen dann deutlich höher“, warnt Michael Arndt, der als Obermeister der Innung Koblenz auch die Schornsteinfegermeister im Kreis Neuwied vertritt.

„Die Eigentümer müssen also umdenken und initiativ werden“,

Details zum Gesetz

Bereits am 26. November 2008 ist ein Gesetz zur von der Europäischen Union geforderten Neuordnung des Schornsteinfegerwesens erlassen worden. Seither erfolgte stufenweise die Umsetzung. Ab dem 1. Januar gilt demnach das neue Schornsteinfeger-Handwerkergesetz. Unverändert gibt es weiterhin Bezirke, für die ein bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger für sieben Jahre bestellt wird. Um frei werdende Bezirke können sich Schornsteinfeger bewerben.

betont Schornsteinfegermeister Arndt. Und er konkretisiert: „Hoheitliche Tätigkeiten wie die Bauabnahme neuer oder geänderter Anlagen und die Feuerstätten-schau müssen allerdings weiterhin verpflichtend vom zuständigen Bezirksschornsteinfeger ausgeführt werden.“ Dieser führt auch nach wie vor das Kehrprotokoll.

Ende des Jahres haben Hauseigentümer sogenannte Feuerstättenbescheide von ihren zuständigen Bezirksschornsteinfegern erhalten. Darin ist festgehalten, wann welche Arbeiten zu veranlassen sind. Sollte ein Wechsel des Leistungsanbieters ins Auge gefasst werden, müssen Eigentümer dem anderen Schornsteinfeger den Bescheid vorlegen und mittels Formblättern nachweisen, dass alle Arbeiten fachgerecht ausgeführt worden sind.

Aus dem Blickwinkel der EU soll die Konkurrenz das Geschäft beleben. Zu diesem Zweck ist auch die bisherige Gebührenordnung gefallen. Der Preis für hoheitliche Aufgaben der Bezirksschornsteinfeger orientiert sich aber unverändert an der Gebührenordnung.

Hiesige Bezirksschornsteinfegermeister wie Manfred Krämer (Neuwied) oder Frank Röser (Bad Honningen) fürchten jedoch keine allzu großen Konsequenzen. Sie wissen: „Wenn Schornsteinfeger von außerhalb des Bezirks zum Kehren anreisen, fallen Fahrtkosten an, die vom Kunden mitzutragen sind. Kaum vorstellbar, dass alternative Anbieter günstiger sein können als die am Ort.“ Sollten es Anbieter mit Dumpingpreisen versuchen, sehen sowohl Röser als auch Krämer wenige Chancen, dass sich diese lange am Markt halten können – zumal man bei längerer Anreise weniger Arbeit schafft.

Für Manfred Krämer, einer von acht Bezirksschornsteinfegern in der Stadt Neuwied, steht fest: „Für den, der wechselt, wird es teurer.“ Bislang seien ihm alle Kunden treu geblieben: „Wie es weitergeht,



Jörg Weidenbach ist Bezirksschornsteinfegermeister in Leubsdorf. Seit dem Jahreswechsel muss auch er sich dem freien Wettbewerb stellen.

Foto: Creativ

bleibt abzuwarten.“ Sein Kollege Frank Röser, der derzeit viel Aufklärungsarbeit bei den Kunden zu leisten hat, sagt aber auch: „Für einige Kollegen mit viel Kreativität ist der Wettbewerb sicherlich eine

Chance. Denn bisher war klar geregelt, was sie machen durften und was nicht.“ Obermeister Michael Arndt erwartet jedenfalls nicht, dass sich viele Schornsteinfegermeister selbstständig machen. Da-

gegen spreche auch der Nachwuchsmangel in der Branche und die Tatsache, dass die Kunden nicht übermäßig wechselwillig sind. Für die meisten Kunden werde es genauso weitergehen wie bisher.

Guten Morgen

Ralf Grün
über Gerüchte



Wer hat das bloß gestreut?

Was würden wir nur ohne unsere kritischen Heimatforscher machen? Ganz einfach: Nur allzu oft würden wir Gerüchte aus der Vergangenheit für bare Münze nehmen und sie fröhlich weiterverbreiten. So gesehen nehmen Sie, Jürgen Moritz, schon mal den Dank stellvertretend für alle Chronisten an Rhein und Wied entgegen, die ihrer Passion mit Akribie und Genauigkeit folgen. War es doch Moritz, der mit seinen berechtigten Zweifeln mit dem Gerücht aufräumte, Rittmeister Manfred von Richthofen habe die Kriegsschule im Schloss Engers besucht (siehe auch unser heutiges Lokal-Thema). Immer wieder war diese Behauptung im Zusammenhang mit dem Neuwieder Stadteil aufgetaucht. Und nie hatte jemand diesen vermeintlichen Fakt in Abrede gestellt. Warum auch, schließlich hat es was, sich mit dem berühmten Jagdflieger aus dem Ersten Weltkrieg zu schmücken. Nun wissen wir aus berufenem Munde: Der Rote Baron aus Schlesien war weder in Engers noch überhaupt im Rheinland. Blicke die Frage: Wer hat diese Falschinformation überhaupt in Umlauf gebracht? Ein gerissener Werbefachmann der Stadt vergangener Tage, ein glühender Verehrer des kühnen Jagdfliegers, ein Aufschneider, der mit allerlei Geschichten in der Kneipe prahlte oder am Ende doch ein vermeintlicher Heimatforscher? Also Herr Moritz, so gesehen ist der Dank die vornehmste Form der Bitte: Vielleicht bekommen wir das ja zusammen raus?

Soldatenschule im Schloss

■ **Engers.** Das Schloss in Engers ist 250 Jahre alt und hat eine wechselhafte Geschichte erlebt. Knapp ein Fünftel dieser Zeit diente die heutige Musikakademie als preussische Kriegsschule. Jürgen Moritz hat dieses Kapitel der Geschichte des bekannten Bauwerks am Rhein für das RZ-Lokal-Thema genauer beleuchtet.

Mehr auf Seite 22

Sparkassenchef: Keine Vergleichbarkeit bei Gehältern

Kanzlergehalt Debatte um Löhne von Politikern – RZ hat bei Oberbürgermeister und Landrat nachgefragt

Von unserer Reporterin Stefanie Helsen

■ **Kreis Neuwied.** Es ist eine Frage, die die Gemüter erhitzt: Wer verdient wie viel und warum mehr oder weniger als ein anderer? Erneut gibt es eine öffentliche Debatte über Löhne von Politikern und Wirtschaftsbossen, ausgelöst von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Der nämlich ist der Meinung, das Kanzleramt sei unterbezahlt. Angela Merkel kommt mit Abgeordnetenbezügen auf knapp 300 000 Euro im Jahr.

„Nahezu jeder Sparkassendirektor in Nordrhein-Westfalen verdient mehr als die Kanzlerin“, hatte Peer Steinbrück in einem Zeitungsinterview gesagt. Seine Aussage ist

Das sagen Bürger zur Diskussion ums Kanzlergehalt



„Steinbrück hat kein Gefühl für die Menschen.“

Alois Stinner (70) aus Neuwied meint, der SPD-Mann sollte nicht schon vorab eine Gehaltserhöhung fordern. Die Kanzlerin verdiene genug: „Sie hat so viele andere Privilegien.“



„Die Debatte ist in solchen Zeiten ein fetter Minuspunkt.“

Diana Krecké (51) aus Dembach hat kein Verständnis für Steinbrücks Position. „Für manchen Arbeitnehmer ist das Monatsgehalt der Kanzlerin ein Jahresgehalt.“



„Man könnte noch etwas drauflegen.“

Martin Lenzen (54) aus Neuwied sieht das Kanzlergehalt als Klacks gegenüber Wirtschaftsgehältern. Trotzdem hält er sich mit einer Bewertung zurück. Dafür müsse er die Zahlen genauer kennen.

inzwischen belegt. Doch gilt sie auch für unsere Region? Und wie viel verdienen unsere Politiker? Die Rhein-Zeitung hat sich im Kreis umgehört.

Der Neuwieder Sparkassen-Vorstandsvorsitzende Dr. Hermann-Josef Richard möchte sich nicht öffentlich zu Gehaltsfragen äußern. „Wir besprechen dienstvertragliche Fragen nur in den dafür zuständigen Gremien.“

Aus den Vergütungsrichtlinien des rheinland-pfälzischen Sparkassenverbandes, die der RZ vorliegen, geht hervor, dass die oberste Grenze für seinen Jahresgrundbetrag bei rund 251 600 Euro festgesetzt ist. Dieser richtet sich unter anderem nach der Bilanzsumme der jeweiligen Sparkasse.

Auch die aktuelle Diskussion mochte Dr. Hermann-Josef Richard nicht weiter kommentieren. Er sagte lediglich: „Es gibt einfach keine Vergleichbarkeit zwischen Gehältern in der Politik und in der Wirtschaft.“ Wie auch andere Kritiker empfindet er die Äußerungen Steinbrücks daher „sehr ungeschickt“.

„Dass die Politik nicht im Ansatz bei Wirtschaftsgehältern mithalten kann, wissen wir“, sagte der Landrat des Kreises Neuwied, Rainer Kaul, „die Frage ist, ob das die Messlatte sein muss.“ Für ihn bedeuten teils unverschämte hohe Manageregehälter den eigentlichen Skandal.

Rainer Kaul kommt als Landrat, seit er wiedergewählt wurde, auf

ein Jahresgehalt von knapp 96 800 Euro. „Aus Sicht eines Hartz-IV-Empfängers ist das schrecklich viel, aber eine Menge Leute aus dem Wirtschaftsleben schmunzeln da nur.“ Doch das habe er vorher gewusst. „Ich bin damit zufrieden.“

Kaul, der auch Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Neuwied ist, findet, die „Sparkassen-Diskussion führt nicht weiter“. Mehr als die Kanzlerin verdient der Neuwieder Sparkassendirektor zumindest mutmaßlich nicht.

Das Grundgehalt des Oberbürgermeisters der Stadt Neuwied fällt etwas höher als das des Landrates aus. Mit einem monatlichen Grundgehalt von 8481 Euro kommt Nikolaus Roth im Jahr auf rund 101 800 Euro.

